

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 3986 846 pbbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 60

28. März 1983

Dr. Klaus von Dohnanyi,
Erster Bürgermeister der
Freien und Hansestadt Ham-
burg, widerspricht dem
Konzept des HDW-Werftvor-
standes: Für Arbeitnehmer
unannehmbar. Seite 1

Helmut Rohde MdB, Bundes-
vorsitzender der Arbeits-
gemeinschaft für Arbeit-
nehmerfragen, kommentiert
die Rentenpolitik der
Rechtskoalition: Sozial-
planung oder Panikorches-
ter? Seite 3

Karsten D. Voigt MdB, Mit-
glied des Vorstandes der
SPD-Fraktion, zur Sicher-
heitspolitik der Bundes-
republik: Bündnis mit den
USA unverzichtbar.
Seite 5

Christa Meier MdL, Kultur-
politische Sprecherin der
bayerischen SPD-Landtags-
fraktion, protestiert ge-
gen Kürzungen im Kultur-
politischen Bereich: Rück-
schritte verhindern.
Seite 7

Für die Arbeitnehmer unannehmbar

Hamburg widerspricht dem Werft-Konzept des HDW-Vorstandes

Von Dr. Klaus von Dohnanyi
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Auf Hamburgs Traditionswerft herrschen Angst, Empörung und Ratlosigkeit. Am 14. März, einen Tag nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, hatte man die Katze aus dem Sack gelassen. Der Vorstand der HDW-Werft - Unternehmens-eigner sind der bundeseigene Salzgitterkonzern mit 74,9 Prozent und Schleswig-Holstein mit 25,1 Prozent - präsentierte seinem Aufsichtsrat das "Sanierungskonzept '83" für das von der Schiffbaukrise geschüttelte Unternehmen mit seinen Werken in Hamburg und Kiel.

Was er mit dem Wort "Konzept" vornehm unschreibt, ist in Wirklichkeit keines: Denn die Vorschläge weisen nicht in die Zukunft. Ein gewaltiger Kahlschlag unter der Belegschaft der Werft ist keine Konzeption. Massenentlassungen, von denen in Hamburg 2.134 und in Kiel 1.487 Mitarbeiter betroffen wären, die Begrenzung der Hamburger Betriebsstätten auf Reparaturen, off-shore-Produkte und Maschinenbau und die Stilllegung des Schiffsneubaus in Hamburg - er soll ganz auf Kiel konzentriert werden - weisen nicht in die Richtung einer notwendigen Umstrukturierung der Werft, sondern nur auf Kostenersparnis. Unternehmen haben aber nicht nur die Aufgabe, Kosten zu sparen, sondern auch kostengünstig neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verantwortlich für den Inhalt:
Helmut G. Schmidt
Redaktion: Bonn



In den Vorstandsvorschlägen sind Zukunftsperspektiven aber nicht einmal ansatzweise vorhanden. Nirgendwo läßt sich erkennen, daß man sich über die Möglichkeit Gedanken gemacht hätte, neue Produkte zu entwickeln und neue Märkte zu finden.

Kein Wunder, daß die Verbitterung unter den HDW-Mitarbeitern groß ist. Auf der Betriebsversammlung am 23. März haben sie klar gemacht: Die Belegschaft wird für ihre Arbeitsplätze kämpfen.

Natürlich muß man sehen, daß die weltweiten Überkapazitäten im Schiffbau eine Anpassung unausweichlich machen. Aber: Für die Arbeitnehmer, ihre Familien und für Hamburg ist es unannehmbar, daß die früheren Fehlentscheidungen des Werft-Managements einseitig und ohne klare Perspektive an den Hamburger HDW-Mitarbeitern ausgetragen werden sollen.

Auch die Hansestadt kann daher diesen Vorschlägen des Vorstandes nicht zustimmen. Ihr Vertreter im Aufsichtsrat wird das am heutigen Montag deutlich machen.

Im Rahmen der norddeutschen Werftenkonferenz am 21. April, die auf Initiative Hamburgs anberaumt ist, wird es um die Krise im Schiffbau gehen, die ja nicht auf Hamburg beschränkt ist. Es ist eine ähnliche Strukturkrise, wie sie an Ruhr und Saar für Kohle und Stahl herrscht. Und genau wie dort geschehen steht die Bundesregierung in der Verantwortung, mit einem Strukturprogramm die erforderliche Hilfe zu leisten.

Hamburg wird seinen Beitrag für eine zukunftsorientierte und realistische Werftenpolitik leisten. Der HDW-Vorstandsvorschlag leistet das nicht.

(-/28.3.1983/ks/rs)

+ + +



Adam Schwaetzer, Blüm und die Renten

Sozialplanung oder Panikorchester?

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Die Koalitionsparteien riskieren ein Debakel der Alterssicherung. Aus ihren Regierungsverhandlungen kommen sie ohne Perspektiven und ohne ein Bild der sozialen Entwicklung. Vielmehr streiten sie sich seit Tagen darüber, was sie eigentlich miteinander festgelegt haben und wie ihr Sammelsurium hektischer Einzeleingriffe zu bewerten ist. Im Rheintal hat erneut Koalitionspoker über den Gedanken vorausschauender Sozialplanung gesiegt. Mit ihrer Begleitmusik wirken die FDP/CDU-Koalitionäre Adam-Schwaetzer und Blüm wie eine Art Panikorchester.

Über die Zeit hinweg und unter den jeweiligen Koalitionsbedingungen hat sich in der Bundesregierung ein trostloser sozialpolitischer und intellektueller Zuschnitt entwickelt. Eine Sozialversicherung hat es ohnehin schon schwer, sich einigermaßen widerstandsfähig in einer Zeit weltweiter Krisen und Strukturveränderungen zu behaupten. Sie hält es nicht aus, wenn zu alledem in ihr auch noch alljährlich vom Staat einfüllig herumgeführt wird. Der bundesrepublikanische Rentenabstieg vollzieht sich in erkennbaren Etappen:

1. In diesem Jahr ist die Rentenversicherung durch ein Bündel von Staatseingriffen - unmittelbar und durch Umleitungen im Sozialversicherungssystem - um Milliardensummen geschwächt worden. Die Auswirkungen steigender Arbeitslosigkeit und der Folgen des Lohndrucks kommen hinzu. Gleichzeitig wurde die Rentenanpassung um ein halbes Jahr verschoben, ihre künftigen Konditionen zudem in Frage gestellt. Das heißt: Die soziale und finanzielle Statik der deutschen Rentenversicherung gerät aus dem Gleichgewicht.
2. Der neu gewählte Bundestag soll nach dem Willen der Regierung die zweite Etappe einleiten. Die Eingriffe werden immer hektischer und die Interventionszeiträume kürzer. Die Bundesregierung hat wieder ein bürokratisches Bündel parat: fitnessreiche Erhöhung der Beitragseinnahme, Eingriffe in die Regeln und Sätze der Anpassung, Krankenversicherungsbeiträge und so weiter. Einfacher ausgedrückt: Die Rentenleistungen sollen so zurückgeschraubt und die Krankenversicherungsbeiträge der Rentner so erhöht werden, daß diese auf einen einkommenspolitischen Nullpunkt zusteuern. Die Renten stagnieren, das Realeinkommen geht zurück. Wie dann das Rentenniveau aussehen und vor allem die Lebensverhältnisse der unteren und mittleren Einkommensgruppen der Rentner beschaffen sein würden, darüber schweigt sich die Regierung aus. Die Koalitionsverhandlungen signalisieren, daß die soziale Lage der Betroffenen und der Rentenversicherung labiler wird.
3. Nachdem die Regierung zweimal auf solche Weise die Rentenversicherung mit Einzelmaßnahmen traktiert hat, will sie 1984 zum dritten Mal hinlangen. Dann soll die "große Lösung" kommen, was immer sich das Panik-Orchester Adam-Schwaetzer - Blüm darunter auch vorstellt. Leitlinien und Eckdaten darüber hat die Regierung nicht, höchstens dunkle Andeutungen. Sie tändelt wieder mit Paragraphen, hat keine sozialpolitische und finanzielle Strategie. Ihr Verzicht auf rechtzeitige Sozialplanung führt dazu, daß die Rentenversicherung in Liquiditätsfallen hineinzugeraten droht. Wenn unter solchem politischen und psychologischen Vorzeichen 1984 Blüms "große Lösung" erfolgt, dann kann man sich heute schon die Härte der bevorstehenden Auseinandersetzungen vorstellen. Der Etappen-Prozess der Regierung untergräbt den solidarischen und generationsbezogenen Charakter der Rentenversicherung.

Auffällig ist, zu welchen Fragen sich die Regierung nach ihren Koalitionsverhandlungen nicht äußert. Mit der entscheidenden Frage, wie künftig das Verhältnis zwischen Arbeitsleben und Standard der Alterssicherung sein wird, bleiben die Menschen allein. In einem Sozialversicherungssystem wäre dazu aber ein konkretes Wort fällig. Nicht nur wegen der Geborgenheitszusage vor dem 6. März, auch wegen der politischen Verantwortung und dem Charakter einer Sozialversicherung.

Die Arbeiter und Angestellten zahlen heute einen so hohen Rentenversicherungsbeitrag wie nie zuvor. Die Regierung will ihnen auf parafiskalischen Schleichwegen noch mehr abnehmen. Wenn aber den arbeitenden Menschen ständig wachsende Sozialabgaben abverlangt, sie gleichzeitig im Unklaren über ihre soziale Zukunft gelassen werden, dann rutscht nicht nur sozialetischer Boden, sondern auch Charaktersubstanz der Sozialversicherung weg. Eine Sozialversicherung muß verlässlich sein und darf nicht staatlicher Beliebigkeit unterworfen werden. Die Sozialgelder können nicht zur schwarzen Kasse des Staates, zur parafiskalischen Nebeneinnahme der Haushälter werden.

Die Koalitionäre schweigen sich auch zu der Frage aus, in welchem Verhältnis künftig die einzelnen Zweige der Alterssicherung zueinander stehen werden - was also nicht nur aus Renten, sondern auch aus Pensionen und anderen öffentlichen Leistungen wird. Will man der Rentenversicherung ans Leder gehen, deren Abgaben erhöhen und Leistungen verringern, während die übrigen Zweige mit all ihren Vergünstigungen und Besonderheiten unbehelligt durch die Krise schaukeln? Fehlt nur noch, daß die Koalitionäre den Arbeitern und Angestellten "mangelnden Leistungswillen und überzogene Ansprüche" vorhalten. Ernst Schellenberg, Anton Storch, Walter Auerbach und Pater Nell-Breuning habe ich kennengelernt. Keiner von ihnen hat so die sozialetischen Grundlagen der Politik wegsacken lassen.

Was die Regierung unter "Großer Lösung" konkret versteht, bleibt verschwommen. Nur eins: Auf jeden Fall, meint Blüm, soll ein Erziehungsgeld eingeführt werden. Für wen und von wem finanziert, sagt er nicht. Auf die Frage der beitragszahlenden Arbeitnehmer aber, wie künftig ihr Lebensabend aussehen wird, wie sich die Eingriffe angesichts der vielfältigen Rentenschichtungen für Millionen Menschen auswirken, wie die Sozialversicherung künftig zu flexibleren Lebensarbeitszeiten beiträgt, hört man nahezu nichts. Auch wird man nicht gewahr, welche Konsequenzen die Regierung aus der Veränderung der Betriebs- und Beschäftigungsstrukturen für die künftigen Finanzierungsmethoden der Sozialversicherung ziehen will. Zwar hat die Regierung so viele fachliche Daten und Dokumentationen im Kasten wie nie zuvor. Die Sozialplanung leidet eben nicht unter einem Mangel von Fragebogen und Kontrolle von Menschen, sondern unter einem Defizit konzeptionellen Willens und Fähigkeiten.

Aber so gibt sich wohl eine Politik, die in der größten sozialökonomischen Strukturveränderung der Nachkriegszeit nicht nach Perspektiven, sondern nach der Vergangenheit fragt. Vergangenheit hat heute Hochkonjunktur, die einzige Übrige, die es gibt.

Anstatt Arbeit und soziale Sicherung miteinander zu verbinden, eine Sozialpolitik gegen die Krise und für Zukunftshoffnungen der Menschen zu entwerfen, ziehen sich die Konservativen mit ihrem ausgezehrtten FDP-Anhang auf eine Philosophie der "Hilfsbedürftigkeit" zurück. Was soll das? Millionen von Arbeitnehmern zahlen nicht deshalb ein Leben lang hohe Beiträge, damit sie im Alter von der Regierung als "Hilfsbedürftige" einsortiert, aussortiert und kontrolliert werden. Die kapitalistische Krise produziert wieder ihre Armut. Aus der katholischen Subsidiaritätslehre wird eine Armutsphilosophie des westlichen Kapitalismus. Vergessen wird das Wort von J.F. Kennedy, daß Sozialpolitik nicht erst auf den Trümmerbergen der psychischen und physischen Existenz des Menschen einsetzen dürfe. Die Solidarität wird von dem Egoismus der Krise überholt.

Die Koalitionsverhandlungen offenbaren: Die Regierung hat keine politische Leitlinie für Arbeit und soziale Sicherheit. Bringt man die Verhandlungen auf jenen gesellschaftspolitischen Punkt, auf den sich die Koalitionäre zu bewegen haben, dann zeigt sich: Der eine will Kapitalismus mit, der andere ohne Paragraph 218 und wachsenden Ausländerzuzug. Und die Linie, auf die sie sich schließlich beide einigten, ähnelt fatal jenem Wort eines vergangenen Jahrhunderts: Jeder soll das Recht haben, unter Brücken zu schlafen. So hat der eine seinen "Freiheitsbegriff" und der andere seine "Hilfsbedürftigkeit".

Es gibt keine Sieger und Besiegten, schreiben die Rheintal-Chronisten über die Koalitionsverhandlungen. Für die Regierung mag das stimmen, für das Volk aber nicht. Die Betroffenen, auch die Betrogenen sind auszumachen.
(-/28.3.1983/ks/rs)

+ + +



Kooperation mit USA unverzichtbar

Deutsche Sicherheitspolitik und westliches Bündnis

Von Karsten D. Voigt MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Der Erste Weltkrieg führte zur Zerstörung einer in Jahrhunderten gewachsenen Staatenordnung. Die Zerstörung der traditionellen Ordnung markierte gleichzeitig den Beginn einer innergesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Auseinandersetzung zwischen bürgerlich-demokratischen, kommunistischen und faschistischen Ideologien und Mächten.

Der Zweite Weltkrieg brachte den Sieg über den Faschismus. Die Niederlage des Faschismus war eine Befreiung. Der gesellschaftspolitische und machtpolitische Konflikt zwischen den Siegermächten führte dann aber zur Teilung Europas, Deutschlands und Berlins. Die Trennungslinie zwischen Ost und West bildet seitdem gleichzeitig die Grenze zwischen pluralistisch-demokratischen Staaten im Westen und eine von der Vorherrschaft marxistisch-leninistischer geprägte Gesellschaftsordnung im Osten.

Deutschland, das den Zweiten Weltkrieg begonnen hat, leidet seit dem Ende dieses Krieges am meisten unter seinen Folgen. In Berlin und an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR stehen sich gegensätzliche Gesellschaftssysteme, hochgerüstet mit konventionellen, nuklearen und chemischen Waffen gegenüber. Während des Kalten Krieges wurde der freie Austausch von Menschen und Ideen fast völlig unterbrochen.

Erst im Vollzug der Entspannungspolitik konnten die Austauschbeziehungen zwischen Ost und West im Interesse der Menschen intensiviert werden. Die Folgen der Spaltung Europas, Deutschlands und Berlins wurden gelindert. Die Überwindung der Spaltung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung bleibt das Ziel. Dies Ziel ist noch auf lange Zeit unerreichbar. Unsere Sicherheitspolitik soll dem Schutz von Freiheitsrechten und sozialer Errungenschaften dienen. Deshalb müssen die Mitgliedstaaten der NATO auch selber demokratisch sein. Andererseits: Falls die Sowjetunion in ihrem Einflußbereich eine größere Toleranz gegenüber pluralistischen Bestrebungen zeigen würde, ließen sich auch unsere Sicherheitsinteressen gegenüber der Sowjetunion anders definieren. Solange aber die Sowjetunion in ihrem Einflußbereich Demokraten verfolgt und unterdrückt, sind wir im Interesse unserer freiheitlichen und sozialen Ziele gezwungen, uns davor zu schützen in den Einflußbereich der Sowjetunion zu gelangen.

Das Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik Deutschland, die an der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt liegt, ist besonders stark ausgeprägt. Hierbei spielen historische Erfahrungen, wie zum Beispiel das Verhalten der Sowjetunion in früheren Berlinkrisen, nach wie vor eine große Rolle im Bewußtsein der Bevölkerung und der verantwortlichen Politiker.

Die Bundesrepublik hat aber auch ein besonders starkes Interesse an einer Kooperation mit der Sowjetunion, mit den übrigen Staaten des Warschauer Paktes und insbesondere mit der DDR. Auch dieses Interesse ist ausgeprägter als bei anderen Bündnispartnern in der NATO. Es ergibt sich aus der Lage der Bundesrepublik Deutschland an der Grenze zwischen Warschauer Pakt und NATO und aus der Teilung Deutschlands und Berlins.

Die Entspannungspolitik entspricht mit ihrer Verbindung von sicherheitspolitischen Notwendigkeiten mit Kooperationszielen den Interessen der Bundesrepublik Deutschland in idealer Weise. Dies ist der Grund dafür, daß die Entspannungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland auch weit über den Kreis der Sozialdemokraten hinaus Unterstützung findet.



Die Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Lage und insbesondere der Lage Berlins ein sehr großes Interesse daran, ihre Sicherheitsbedürfnisse im internationalen Verbund zu befriedigen.

a/ Aufgrund ihrer Geschichte deshalb, weil unsere europäischen Nachbarn unter den nationalen Alleingängen der deutschen Sicherheitspolitik und des deutschen Militarismus im Laufe der letzten hundert Jahre mehrfach leiden mußten. Der Zweite Weltkrieg ist durch die Führung des Deutschen Reiches verursacht worden; unsere Nachbarn in Ost und West und die Deutschen selber haben unter den Folgen deutscher Politik bitter leiden müssen. Historisch gesehen führte das Leiden an den nationalen Alleingängen deutscher Sicherheitspolitik zu der besonderen Verantwortung der vier Mächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und in Bezug auf Berlin. Die Rechte der vier Siegermächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes wirken sich weiterhin in vielen Einzelbestimmungen, in Berlin insbesondere, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR aus.

Deutsche Sicherheitspolitik muß die Rechte der Siegermächte, die Einbettung in das Bündnis und die legitimen Interessen der europäischen Nachbarn in Ost und West berücksichtigen. Dies kann und sollte geschehen, ohne die eigenen nationalen Interessen zu verleugnen. Dieses nationale Interesse wird eine in der Nachkriegszeit herangewachsene Generation deutscher Politiker zukünftig unbefangener und selbstbewußter vertreten.

b/ Aufgrund ihrer Lage deshalb, weil die sicherheitspolitischen Bedürfnisse der Bundesrepublik Deutschland nicht im nationalen Alleingang zu befriedigen sind.

Den geschichtlichen Erfahrungen und der geographischen Lage der Bundesrepublik wird in den Bestimmungen ihrer Verfassung, dem Grundgesetz, Rechnung getragen. Das Grundgesetz eröffnet stärker als andere Verfassungen die Möglichkeiten, Souveränitätsrechte auf internationale Organisationen zu übertragen. Ich halte die Bereitschaft zur Übertragung nationaler Souveränitätsrechte im Interesse der Friedenssicherung auf internationale Organisationen für einen historischen Fortschritt. In einer Renationalisierung sicherheitspolitischer Lösungen sehe ich mehr Risiken als positive Chancen. Nationalmilitarismen, wie sie im 19. Jahrhundert dominierten, und die nur durch Bündnissysteme eventuell miteinander verbunden waren, sind nicht kriegsvermeidend gewesen; sondern sie haben für Europa eine größere Wahrscheinlichkeit von Krisen und auch Kriegen mit sich gebracht.

Aus diesem Grunde plädiere ich zwar für eine Ergänzung und Überwindung der Blöcke durch eine Ost-West übergreifende Kooperation mit dem Ziel einer europäischen Friedensordnung. Negativ aber beurteile ich Forderungen nach einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik, nach Neutralität oder einem Austritt aus dem militärischen Bündnissystem. Positiv sehe ich Bemühungen um eine bessere Koordinierung der westeuropäischen Interessen innerhalb der atlantischen Allianz. Es wäre sogar auf längere Sicht unrealistisch zu vermuten, daß diese europäische Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und im Bereich der Rüstungsproduktion das Bündnis mit den USA innerhalb der NATO ersetzen könnte.

(-/28.3.1983/ks/rs)

+ + +



Rückschritte im bayerischen Kultusbereich verhindern

SPD-Protest gegen Kürzungen bei den Lehrerplanstellen und gegen Streichung bei den Schulwegkosten

Von Christa Meier MdL

Kulturpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Der Kultusbereich und vor allem das bayerische Schulwesen ist der letzte Bereich, in dem gespart werden darf. Bei den anstehenden Haushaltsberatungen werden die Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag darauf drängen, daß die Verbesserung im schulischen Bereich, bedingt durch die rückläufigen Schülerzahlen, nicht durch den Einzug von Lehrerplanstellen zunichte gemacht werden: Sie fordern, daß die Lehrerplanstellen wie gehabt erhalten bleiben und zusätzlich 111 Lehrer für die Fachoberschulen (pro Haushaltsjahr) eingestellt werden, ohne daß dies auf Kosten anderer Schularten geht.

Über den schulischen Bereich hinaus drängen die SPD-Kulturpolitiker, die sieben haushaltswirksame Anträge eingereicht haben, darauf, daß Bildungsbereiche wie die Erwachsenenbildung und die Jugendarbeit, die gerade in Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit neue Aufgaben übernehmen müssen, nicht in unverantwortlicher Weise in ihren finanziellen Möglichkeiten beschnitten werden.

Die Anträge und Initiativen der SPD-Landtagsfraktion im einzelnen:

o Kein Stelleneinzug im Lehrerbereich

Die Bayerische Staatsregierung will - so ihr Haushaltsentwurf - im Jahre 1983 131 und im Jahre 1984 264 Lehrerplanstellen einziehen. Die Begründung: rückläufige Schülerzahlen. Dem hält die SPD entgegen, daß angesichts übergroßer Klassen, vieler Unterrichtsausfälle, einer zunehmenden Zahl von Klassen, in denen mehr als eine Jahrgangsstufe sitzt, und anderer Schwierigkeiten es ein Unding ist, die Erleichterungen durch sinkende Schülerzahlen sofort durch Stellenkürzungen bei den Lehrern aufzuheben, die Unterrichtssituation dadurch sogar noch zu verschlechtern.

o Fachoberschulen helfen - aber nicht zu Lasten der Volksschulen

Offenbar ist nun selbst der CSU und der Staatsregierung gedämmert, daß der Lehrermangel und die Unterrichtsmisere an den bayerischen Fachoberschulen endlich einer Lösung bedarf. Sie haben deshalb für die Haushaltsjahre 1983 und 1984 zusätzlich jeweils 111 Lehrerplanstellen angesetzt - die aber aus dem Volksschulbereich abgezogen werden. Im Gegensatz dazu fordern die Sozialdemokraten, daß die Fachoberschulen diese Lehrkräfte erhalten - aber nicht zu Lasten der Volksschulen.

o Kürzungen bei den Schulwegkosten zurücknehmen

Kompromißlos beharren die SPD-Kulturpolitiker auf der Rücknahme der Kürzungen bei den Schulwegkosten. Diese Beeinträchtigung der Schulwegkostenfreiheit kann ihrer Ansicht nach nicht hingenommen werden, weil sie zu einer Störung der Chancengleichheit der Schüler führt. Zudem wurde aus der CSU-Fraktion bereits die Absicht laut, Härtefallregelungen einzuführen. Das bedeutet, daß Einzelfallprüfungen notwendig würden, die letztlich genauso teuer kämen wie die Rücknahme der Kürzungen überhaupt.

o Zweimal zehn Millionen mehr für die Jugendarbeit

Ein Plus von jeweils zehn Millionen Mark verlangen die SPD-Politiker für die Jugendarbeit in 1983 und 1984. Damit wäre die 25prozentige Kürzung der Jugendmittel im Entwurf der Staatsregierung aufgehoben und ein Ausgleich für Preis- und Kostensteigerungen gegeben. Der Ansatz der CSU-Regierung würde, so die übereinstimmenden Stellungnahmen des Bayerischen Jugendrings und der in ihm vertretenen Jugendverbände, die Jugendarbeit "austrocknen". Es könnten nicht einmal die bisherigen Aufgabenbereiche weiter abgedeckt werden, von der Arbeit in neuen Aufgabenfeldern, etwa bei arbeitslosen oder bei ausländischen Jugendlichen, ganz zu schweigen.



o Zweimal vier Millionen mehr für die Erwachsenenbildung

Mit dem Ansatz der Staatsregierung ist die Förderung der Erwachsenenbildung durch den Staat auf den absolut tiefsten Stand gesunken: Nur noch 0,97 Mark werden pro Teilnehmerdoppelstunde ausgegeben. Mit einer Erhöhung um jeweils vier Millionen Mark in den Haushaltsjahren 1983 und 1984 auf 30 Millionen Mark wollen die SPD-Kulturpolitiker dieser Abwärtsentwicklung entgegensteuern und wenigstens ungefähr den Status Quo erhalten. Lothar Köster, Sprecher der SPD-Fraktion für Fragen der Erwachsenenbildung: "Angesichts solcher Ansätze werden die Versicherungen des Kultusministers, die Erwachsenenbildungs solle das vierte Standbein des bayerischen Bildungswesens sein, zur Farce. Die Träger der Erwachsenenbildung werden außerstande gesetzt, ihren Aufgaben gerecht zu werden, obwohl gerade die angespannte Arbeitsmarktsituation die Nachfrage nach schulischer und beruflicher Weiterbildung unter den Erwachsenen verstärkt hat und neue, umfassende Aufgabenbereiche sich eröffnet haben." Die Sozialdemokraten fürchten, daß hinter den Kürzungen in der Erwachsenenbildung ebenso wie bei der Jugendarbeit die Absicht der Staatsregierung steht, diesen Bereich stärker zu kontrollieren und die Träger finanziell solange zu knebeln, bis sie ihre relative Unabhängigkeit von staatlicher Einflußnahme von selbst aufgeben.

o Hochschulen: Mehr Geld für Lehre und Forschung

Die Mittel für Lehre und Forschung an den bayerischen Hochschulen wollen die Sozialdemokraten geringfügig erhöhen, um eine Million Mark im Jahre 1983 und um rund zwei Millionen Mark im Jahre 1984. Den Grund erläutert Joachim Schmolcke, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: "Die bisherigen Ansätze für Wartung und Reparaturen von technischen Geräten waren bisher viel zu niedrig angesetzt. Dies führte dazu, daß teures Gerät nicht benutzt werden konnte, weil kein Geld für Wartung oder Reparatur vorhanden war. Mit einem relativ geringen Mitteleinsatz kann diese Misere behoben werden."

o Stärkere Förderung nichtstaatlicher Theater

Die Förderung nichtstaatlicher Theater ist im Vergleich zu der Unterstützung der staatlichen Theater nach dem Haushaltsentwurf der Staatsregierung zurückgefallen. Waren die Zuschüsse bisher etwa im Verhältnis 1 : 1,7, so haben sie sich durch den Ansatz der Staatsregierung für die nichtstaatlichen Theater auf 1 : 1,9 verschlechtert. Mit jeweils einem Plus von zwei Millionen Mark für die nichtstaatlichen Theater und entsprechenden Einsparungen bei den staatlichen Theatern in den nächsten Haushaltsjahren will die SPD-Fraktion wenigstens das alte Förderungsverhältnis von 1 : 1,7 wiederherstellen, damit der Abstand zur langfristigen SPD-Vorstellung, staatliche und nichtstaatliche Theater im gleichen Umfang zu fördern, wenigstens gleich bleibt und sich nicht vergrößert.

o Mehr Geld für Denkmalpflege und Notgrabungen

Vier Millionen Mark pro Jahr mehr, insgesamt also 24 Millionen Mark je Haushaltsjahr fordern die SPD-Kulturpolitiker im Bereich der Denkmalpflege. Die zusätzlichen Gelder sollen nach ihren Vorstellungen über Kredite finanziert werden. Dazu der Experte der SPD-Fraktion, Volker von Truchseß: "Diese Gelder sind mit Sicherheit besonders wertvoll, da sie als reine Investitionsmittel auch zur Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes beitragen."

Ebenfalls mehr Geld soll nach den SPD-Vorstellungen für die Bodendenkmalpflege und für Notgrabungen zur Verfügung gestellt werden: Pro Haushaltsjahr drei Millionen Mark, um eine Million Mark mehr als die Staatsregierung veranschlagt hat. Dazu Volker von Truchseß: "Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Mittel nicht ausreichen, um die neu gefundenen Bodendenkmäler zu erhalten und Notgrabungen durchzuführen. Wenn beispielsweise bei Straßenbauten Kulturgüter gefunden werden, müssen sie ausgegraben werden oder sie gehen verloren. Wartet man mit den Ausgrabungen, bis wieder Mittel vorhanden sind, werden damit Gelder für den Straßenbau, einen wichtigen Investitionsbereich, blockiert."

o Kürzungen beim Bau von Kinderhorten rückgängig machen

Für den Bau von Kinderhorten hat die Staatsregierung für die nächsten Haushaltsjahre nur noch jeweils eine Million Mark angesetzt, 550.000 Mark weniger als bisher. Die SPD-Kulturpolitiker fordern die Rücknahme dieser Kürzungen, schon deshalb, weil es sich auch hier um investive Mittel handelt.

(-/28.3.1983/ks/rs)